

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen des Postamt-Briefumschlages 16,50 M., für das kaiserliche Ausland 21,50 M. einschließlich Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die nächstgrößere Nonpareil-Größe oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Ausländische Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,25 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4003, 4635, 4649, 4921.

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Annahme der Bedingungen

Die Beratungen der Minister

Amsterdam, 9. Juli.

Die deutschen Minister, die in Spaa weilten, hatten gestern abend eine längere Beratung. Nachdem sie sich telephonisch mit zwei ihrer Kollegen, die in Berlin zurückgeblieben waren, in Verbindung gesetzt hatten, haben sie, wie der Korrespondent der Tel.-Union erzählt, beschlossen, die von den Verbündeten gestellten Bedingungen anzunehmen.

Berlin, 9. Juli. (W. T. S.)

Gestern abend fand unter Beisein des Reichspräsidenten eine Besprechung der hier anwesenden Mitglieder des Kabinetts über die Lage in Spaa statt. Daran schloß sich eine Aussprache mit den Parteiführern, an der auch Mitglieder des preußischen Kabinetts teilnahmen. Für heute morgen acht Uhr war eine gemeinsame Sitzung des Haushaltsausschusses und des Reichsrats einberufen. Die Besprechungen waren streng vertraulich.

Die Sitzung vom Donnerstag

H.N. Spaa, 9. Juli. (Nachts.)

Das holländische Kabinettsbüro berichtet: Die Konferenz hat heute die Beschlüsse, die von ihren Militärachverständigen gestern abend unter Vorbehalt von Koch gefaßt wurden, behandelt. Diese Beschlüsse legen in greicher Linie die Entwaffnung fest. Sie verlangen, daß Deutschland sich verpflichten soll, innerhalb von drei Monaten 60 000 Mann der Reichswehr zu demobilisieren, und bis zum 1. Januar 1921 abwärts 50 000 Mann zu entlassen, so daß am 1. Januar 1921 das deutsche Heer auf die im Friedensvertrag vorgesehene Stärke von 100 000 Mann zurückgebracht sein wird. Die Sicherheitswehr und die Einwohnerwehr ist sofort aufzulösen.

In der Besprechung wird dann weiter betont, daß bei den Beratungen zwischen den Alliierten und deutschen Militär-, Marine- und Luftachverständigen neue Zugeständnisse deutscherseits gemacht worden sind. Die Verzögerung in der Auslieferung der Torpedoboote wurde auf Kohlenmangel und Mangel an Personal zurückgeführt. Inbezug auf das Luftfahrtmaterial gaben die Deutschen zu, daß von den 12 000 Flugzeugen nur 150 ausgeliefert und 4500 vernichtet worden sind, jedoch noch 7850 in deutscher Hand befinden. Von den 24 000 Motoren sind 1500 ausgeliefert und 16 000 vernichtet worden.

Minister Simons zeigte sich auch heute wieder sehr geschickt. Er betonte abermals, wie schwer die Durchführung der Entwaffnung sei, da die Truppenanzahl sehr beschränkt sei und die Revolutionäre keine Waffen ausliefern wollten. Die Konservativen in Deutschland aber wollten die Waffen nur ausliefern, wenn auch die Revolutionäre entwaffnet wären.

Die Deutschen verließen die Sitzung in ziemlich gedrückter Stimmung. Es war ihnen noch bedeutet worden, daß sie sich bis zu der am Freitag vormittags um 11 Uhr stattfindenden Vollversammlung über Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse entscheiden müßten. Es steht also fest, daß die getroffenen Beschlüsse von Deutschland in der Freitagssitzung unterzeichnet werden müssen. Die Konferenz behandelte dann noch die Frage der Prozesse gegen die sogenannten Kriegsverbrecher. Die Alliierten sind der Meinung, daß die Deutschen in dieser Angelegenheit ebensowenig Eile gezeigt haben, wie in der Entwaffnungsfrage. Damals wird in dieser Angelegenheit für die Alliierten sprechen. Deutscherseits befindet sich der Justizminister Heinze in Spaa, um an diesem Teil der Besprechungen teilzunehmen. Lord Birkenhead und der französische Justizminister sind in Spaa eingetroffen, um England und Frankreich in der Frage der Kriegsverbrecher zu vertreten.

Die englische Bergarbeiterkonferenz

Londen, 8. Juli. (Neuter.)

Die Bergarbeiterkonferenz in Beaumont nahm heute eine Resolution an, in der sie erklärt, sich der Ausführung des neuen Bergvertrages im Falle seiner Annahme widersetzen zu wollen. Smillie sagte, die Annahme der Vorlage würde ein Zerbrechen der Bahnen in einigen Distrikten und einen allgemeinen Bergarbeiterstreik zur Folge haben.

Polen und Litauen

Polnische Verschwörertatik

Kopenhagen, 8. Juli.

Wie der „Berlingske Tidende“ aus Kowno mitgeteilt wird, hat die polnische Regierung nun Litauen als unabhängigen Staat anerkannt. Gleichzeitig mit dieser Mitteilung ist von der litauischen Geheimpolizei eine weit verzweigte polnische Verschwörung entdeckt worden, deren Hauptleiter der polnische Offizier Walsowitsch ist, der bisher in Kowno als polnischer Konsul tätig war. Er hat seine Stellung dazu ausgenutzt, bedeutende Geldmittel für die Agitation über die Grenze zu beschaffen. Die Verschwörung, die über das Land verstreut ist, verfolgte das Ziel, einen bewaffneten

Die Zugeständnisse der Entente

Spaa, 9. Juli.

Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet: Die Forderungen, die im ersten Teil des neuen Dokuments von den Alliierten aufgestellt werden, bringen kaum etwas neues. Sie sind im wesentlichen bereits im Friedensvertrag enthalten oder sind aus ihm unmittelbar herzuleiten. Neu sind dagegen der zweite und dritte Teil der Abmachungen, die gegenüber dem Vertrage sowohl Erleichterungen wie Er schwererungen bedeuten. Die Erleichterungen bestehen in nicht unwesentlichen Zugeständnissen hinsichtlich der Freizonefrage. Bekanntlich mußte Deutschland gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles bis zum 10. Juli die neutrale Zone von Reichswehrtruppen völlig geräumt haben. Der Befehl zur Räumung mußte also spätestens heute gegeben werden. Bedenkt man, daß nach den Bestimmungen der neuen Abmachungen die Möglichkeit gegeben wurde, die neutrale Zone und damit auch das Ruhrgebiet noch weitere drei Monate unter militärischem Schutz zu halten, so wird man diesen Vorteil nicht als gering einschätzen können. Ebenso muß angesichts der ganzen Sachlage auch die Frist von 6 Monaten für die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann als ein Zugeständnis betrachtet werden, da Lord George nur drei Monate bewilligen wollte, und da, wie von zuständiger Seite verlautet, das Gutachten der alliierten Mächte sogar nur zwei Monate festsetzte. Was andererseits die im Abkommen vorgesehenen Strafbestimmungen betrifft, so bedeuten sie eine wesentliche Verschärfung des Vertrages. Bekanntlich haben sich die Alliierten im Vertrage von Versailles für den Fall seiner Nichterfüllung das Recht vorbehalten, in Deutschland weiter einzurücken. Nunmehr würde es bereits genügen, daß die internationalisierte Kontrollkommission feststellte, daß die Bedingungen der neuen Abmachung nicht erfüllt seien, um den Alliierten das formale Recht zu neuen Gebietsbesetzungen zu geben. Daß in diesem Zusammenhang in der neuen Abmachung ausdrücklich das Ruhrgebiet erwähnt wird, ist für die Gesamtlage besonders charakteristisch, ebenso wie es sehr bezeichnend ist, daß hier nämlich die Fragen der Sicherheitswehr und der Einwohnerwehren erwähnt werden, von denen in den bisherigen Verhandlungen in keinem Worte die Rede war. Die leitenden Männer Deutschlands sehen sich also heute vor der verantwortungsschweren Aufgabe, die Vorteile und Nachteile der neuen alliierten Bedingungen gegeneinander abzuwägen. Wie immer auch ihre Entscheidung ausfallen wird, so wird dabei sicherlich die heutige Gesamtlage Deutschlands nicht unberücksichtigt bleiben können.

Die Entente will bei der Entwaffnung helfen

HN, London, 9. Juli.

Der Korrespondent des „Evening Standard“ meldet, daß die Alliierten die Entwaffnung auf jeden Fall noch im Laufe dieses Jahres wünschen. Sie werden aber gleichzeitig ihre Hilfe anbieten, um die schwache Regierung in Berlin in die Lage zu versetzen, die Entwaffnung durchzuführen.

Die Kohlenfrage

Spaa, 9. Juli.

Ueber die Vorkonferenz der Alliierten wurde heute nachmittags 2 Uhr ein Komunique ausgegeben, in dem es heißt: Die Steinkohlenfrage wird heute auf die Tagesordnung kommen, und die Franzosen werden vorschlagen, daß die Deutschen einen bestimmten Prozentsatz der Produktion ihrer Gruben abtreten. Frankreich wünscht Vorzugsrechte. Die Lieferungen für Frankreich werden in dem gleichen Maße verringert werden, wenn die französische Kohlenproduktion sich erhöht. Der „Rein“-Korrespondent in Spaa berichtet, daß die Alliierten beabsichtigen, bei der Beratung über die Kohlenlieferung vorzuschlagen, in Berlin eine ständige Delegation der Wiedergutmachungskommission zu errichten, die die Aufgabe haben soll, die gegenwärtig vom Reichskommissar vorgenommenen Zuteilung der Kohle in Deutschland zu kontrollieren. Sago Simeus trifft heute in Spaa ein, um deutscherseits die Beratungen über die Kohlenlieferungen zu leiten. Er ist vom Reichskommissar und Vertretern der Arbeiterdelegation begleitet.

Holland und Wilhelms Auslieferung

Londen, 8. Juli. (Neuter.)

Bottomley fragte im Unterhaus, ob Holland Mitglied des Völkerbundes sei und ob die englische Regierung an den Bund herantreten wäre, um einen Druck auf Holland herbeizuführen, damit es seine Belagerung, den vormaligen deutschen Kaiser auszuliefern, aufhebe. Bonar Law bejahte die erste und verneinte die zweite Frage. Auf eine weitere Frage Bottomleys sagte Bonar Law, er glaube nicht, daß irgendwelche Vorstellungen des Völkerbundes mehr Erfolg haben würden, als die Vorstellungen, die von den Alliierten gemacht worden seien.

Der erste Landtag von Thüringen

Der erste Landtag von Thüringen ist von der Landesregierung auf den 20. Juli nach Weimar einberufen worden.

Einberufung des bayerischen Landtags

Der neue bayerische Landtag ist auf den 15. Juli, vormittags 10 Uhr, zu seiner konstituierenden Sitzung einberufen worden. Heute beginnen die interfraktionellen Beratungen über die Bildung der neuen Regierung.

Das einzig Mögliche

Der Schreibtischkrieger Reventlow sagt in der heutigen Morgenausgabe der „Deutschen Tageszeitung“, daß Deutschland keine Eile habe, und daß eine eilige Behandlung „der deutschen Lebensfragen“ in Spaa dem deutschen Interesse durchaus zuwiderlaufe. Die deutschen Delegierten müßten den Alliierten gegenüber klar und fest bezeichnen, welche Forderungen erfüllbar seien und welche nicht. Die Delegierten und das deutsche Volk müßten Reventlow genug haben, um diesen Standpunkt durchzuhalten. Auch die dem Agrarierblatt gesinnungsverwandte „Deutsche Zeitung“ schreibt, daß die deutschen Abgesandten in Spaa auf die Forderungen der Alliierten mit einem glatten Nein antworten sollen. Dazu muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden: das deutsche Volk hat die Durchhalteparolen der Reventlow und Genossen bis zum Hals voll! Und es ist geradezu verbrecherisch, wenn dieselben Leute, die mit ihren Schreibtischnerven Deutschland an den Rand des Abgrundes geführt haben, auch jetzt noch die Freiheit ausbringen, ihre Durchhalteparolen aufzustellen!

Was jetzt zu geschehen hat, ist ganz klar. Die Bedingungen der Entente müssen unterschrieben werden, so schwer es auch den Militärs und ihren bürgerlichen Dienern fällt. Wir sind durch die Schuld der Durchhaltepolitik dahin geraten, daß wir uns den Forderungen der Sieger beugen müssen. Aber ganz davon abgesehen, liegt es durchaus im Interesse des deutschen Volkes, wenn die Bedingungen der Alliierten restlos erfüllt werden. Die Alliierten mögen keine Eile damit haben; das deutsche Volk aber hat die größte Eile, daß endlich mit dem Militarismus in allen seinen Schattierungen aufgeräumt wird. Das Versteckspiel mit der Sicherheitspolitik, den Einwohnerwehren und den Zeitsfreiwilligen muß endlich aufhören. Wir wollen den militaristischen Geist in Deutschland mit Stumpf und Stiel austreiben. Das deutsche Volk verlangt danach, endlich in friedlicher Arbeit seine Aufgaben zu erfüllen; insbesondere die Arbeiterklasse will mit dem Waffen des Geistes und mit der Kraft, die ihr ihre Stellung im Produktionsprozess gibt, die Ziele erreichen, die ihr von der wirtschaftlichen Entwicklung, von der geschäftlichen Notwendigkeit vorgeschrieben sind.

Beim Reventlow ist eine Feststellung, die der Sonderberichterstatter der „Rossischen Zeitung“ trifft. Danach haben an der gemeinsamen Beratung der Alliierten, in denen ihre Erklärung an die deutschen Vertreter beschlossen worden ist, nicht einmal die eigenen Marschälle teilgenommen dürfen. Die militärischen Fachleute der Entente sollen zu einem anderen, weit schärferen Vorschlag geraten haben. Es seien also politische Erwägungen, die den Ausschlag gegeben hätten. Wir wissen, daß diese politischen Erwägungen der Entente von den kapitalistisch-imperialistischen Zielen ihrer Länder bewegt werden; unbeschadet dessen muß wiederum auf den schreienden Gegensatz zwischen der Verhandlungsführung der Alliierten und der Vertreter der deutschen Regierung aufmerksam gemacht werden. Bei der Entente haben die bürgerlichen Politiker das letzte ausschlaggebende Wort; bei uns aber bestimmen die Militärs die Politik, ein General von Seeck darf in Spaa an verantwortungsvoller Stelle mitwirken. Versteht man noch immer nicht, weshalb die Entente politiker so unablässig auf die Entmilitarisierung Deutschlands drängen?

Die Durchführung der Bedingungen der Entente birgt durchaus nicht so große Gefahren in sich, wie von der deutschen Regierung und der bürgerlichen Presse behauptet wird. Zunächst: wenn die Sicherheitswehr wirklich nur eine Polizeitruppe darstellt, so entlasse man sie sofort ihres militärischen Charakters und lasse ihr nur die Waffen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sind. Der einzige Faktor freilich, der mit dem militärischen Zauber gründlich und ein für allemal aufräumen könnte, ist die Arbeiterklasse. Aber gerade dafür hat die bürgerliche Regierung die größte Angst, sich des Bestandes der Arbeiterschaft bei der Entwaffnung zu bedienen. Von ihrem Standpunkt aus können wir das durchaus verstehen, denn die Bourgeoisie fürchtet nichts so sehr, als daß dem Proletariat ein größerer Einfluß als bisher auf die Machtmittel des Staates eingeräumt wird. Von der Arbeiterschaft soll aber die bürgerliche Regierung nicht erwarten, daß sie sie in ihrem Bestehen, das militärische Instrument als Mittel der Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft zu retten, unterstützen wird.

Das deutsche Volk hebt in der Erfüllung der militärischen Bedingungen der Entente keine Verletzung seiner Lebensfragen; es verlangt von den Vertretern der Regierung, daß endlich ein offenes Spiel getrieben wird. Was jetzt von der Entente kategorisch verlangt wird, das hätte schon längst durchgeführt sein müssen. Und wenn es in den bürgerlichen Blättern jetzt so dargestellt wird, als ob die Alliierten mit der Drohung der Besetzung des Ruhrgebiets eine neue Erpressung an Deutschland ausüben wollen, so muß man doch ebenfalls genug sein, um zuzugestehen, daß gegenüber der hinfälligen Politik der deutschen Regierung nicht mehr viel anderes übrig bleibt, als Drohungen auszusprechen. Das deutsche Volk wird nicht darüber zugrunde gehen, wenn es

